



Netzwerk Türkei Discussion Paper

Netzwerk Türkei Discussion Paper No. 5

Überfordert ein Beitritt der Türkei die Europäische Union? **Eine Untersuchung des aktuellen Meinungsstandes in der Beitrittsdebatte**

Dr. Volker Bittner

volker.bittner@kanzlei-bittner.eu

Gießen 2008

Gliederung

1. Einleitung.....	S. 3
2. Politische Aspekte.....	S. 3
3. Wirtschaftliche Aspekte.....	S. 7
4. Kulturelle und demokratische Aspekte.....	S. 10
5. Ausblick.....	S. 12

1. Einleitung

Am 05.11.2008 legte die Kommission der Europäischen Union ihre Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament über die Erweiterungsstrategie und die wichtigsten Herausforderungen 2008 – 2009 vor.¹ Sie weist darauf hin, dass die Erweiterung eines der wirksamsten politischen Instrumente der EU sei, die dem strategischen Interesse der Gemeinschaft an Stabilität, Sicherheit und Konfliktverhütung diene. Die Aufnahme neuer Mitglieder habe dazu beigetragen, Wohlstand und Wachstumsmöglichkeiten zu fördern, den Anschluss an wichtige Verkehrsadern und Energierouten zu verbessern und der EU in der Welt mehr Gewicht zu verleihen.²

Im Hinblick auf einen möglichen Beitritt der Türkei hebt die Kommission die strategische Bedeutung des Landes in den Bereichen der Energiesicherheit, der Konfliktprävention und –bewältigung hervor. Die Einbindung in die Beziehungen zur Union verleihe der Türkei größeren Einfluss auf die Stabilität in der gesamten Region.³

Da sich ein Beitritt der bevölkerungsreichen Türkei mit ihrer hauptsächlich muslimischen Bevölkerung erheblich auf die bestehende Macht- und Einflussverteilung innerhalb der Union auswirken und er deutliche Konsequenzen für die Ausgestaltung der zukünftigen Entwicklung der Gemeinschaft haben kann, soll die Mitteilung der Kommission zum Anlass genommen werden, im Folgenden die unterschiedlichen Ansichten zur grundsätzlichen Fähigkeit der EU zur Aufnahme der Türkei als Vollmitglied zu untersuchen. Die Darstellung wird auf politische, wirtschaftliche, kulturelle und demokratische Aspekte begrenzt.

2. Politische Aspekte

Politische Überforderung der Europäischen Union: Die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei stützen ihre ablehnende Haltung auf den Umstand, dass die Gemeinschaft die bisherigen Beitritte noch nicht verkraftet habe. Daher bedeute bereits eine Heranführung des Landes an die EU eine erhebliche Überstrapazierung der politischen Kapazitäten der Gemeinschaft.⁴ Folge hiervon seien größere Differenzen in der europäischen Politik, die zu Blockaden und damit zu einer Gefährdung der Weiterentwicklung der Union führten.⁵

Konsequenz eines Beitritts der Türkei sei eine deutliche Verringerung des Einflusses einzelner Länder, insbesondere der als Motor der EU fungierenden Kerneuropa-Staaten.⁶ Zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme sei die Türkei voraussichtlich der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat, dem bei der politischen Willensbildung die gewichtigste Rolle zukomme. Da sich die Union aber bereits jetzt in einer Krise bei der Definition ihres politischen Programms, der Frage ihrer zukünftigen Entwicklung und der Umsetzung ihrer Ziele befinde, könne durch diese Machtverlagerung auf

¹ Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2008 – 2009, Brüssel, den 05.11.2008, KOM(2008) 674 endgültig.

² Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 2.

³ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 2.

⁴ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, Just what is this “absorption capacity” of the European Union?, CEPS Policy Brief 113, September 2006, S. 3.

⁵ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU, Nötiger Zwischenschritt oder Ende der Erweiterung? SWP-Studie, S. 5, Berlin, Dezember 2007; Soutou, Georges-Henri, La France du général de Gaulle, la Turquie et l’Europe, in: Commentaire, n°104, hiver 2003-2004.

⁶ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 5; Wagner, Jürgen, Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa, Studien zur Militarisierung Europas, Heft 36/2008, S. 22 m.w.N..

die Türkei der politische Einigungsprozess weiter ins Stocken geraten.⁷ Jede erneute Expansion erfordere daher zuvor zwingend eine radikale Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen bzw. eine durchgreifende Reform der Institutionen und der Prozesse zur Entscheidungsfindung.⁸

In außenpolitischer Hinsicht zeige sich am Beispiel Zyperns, dessen Beitritt den griechisch-türkischen Konflikt um die Mittelmeerinsel in die EU importiert habe, dass mit der Aufnahme neuer Staaten auch deren bilaterale und regionale Spannungspotenziale europäisiert würden.⁹ Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes stelle sich die Frage, ob die stark national ausgerichtete Türkei überhaupt die politische Reife besitze, um nachhaltig zum Gelingen des neuen Leitbildes einer „Friedensmacht Europa“ beizutragen, welches zu striktem Multilateralismus, möglichst friedlicher Konfliktbeilegung und erheblicher Leistungsbereitschaft verpflichte.¹⁰

Mit der Aufnahme der Türkei gerate die EU jedenfalls in ein regelrechtes geopolitisches Minenfeld. Konflikte mit Irak und Iran würden ebenso wie die Auseinandersetzungen im Mittleren Osten, die Kurdenfrage und die Sicherheit der Energieversorgung zu einem grundsätzlichen Problem der Europäischen Union.¹¹ Die Gemeinschaft könne zwar möglicherweise ihren Einfluss in der Region ausweiten und auch über ihre Grenzen hinaus zur Stabilität beitragen. Diesen Vorteilen stehe jedoch ein strategischer und sicherheitspolitischer Kontrollverlust gegenüber, da die Union automatisch und ohne dies steuern zu können Partei in zahlreichen Konflikten werde.¹² Sie könne dadurch in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit geschwächt werden und habe vielfach keine Möglichkeit mehr, sich vermittelnd in die Lösung von Auseinandersetzungen – etwa an ihren neuen Außengrenzen – einzuschalten. Dies stehe der wachsenden Nachfrage der EU-Bevölkerung nach einer Gemeinsamen Außenpolitik und der Vision eines starken Europas entgegen und lasse befürchten, dass die EU zu einer schlichten Freihandelszone degradiert werde.¹³

Politische Bereicherung der Europäischen Union: Die Beitritts-Befürworter halten dem entgegen, dass die strategische Bedeutung der Türkei für die Union in wesentlichen Bereichen zugenommen habe. Zu diesen gehöre die Energiesicherheit, die Konfliktprävention und –bewältigung sowie die regionale Sicherheit im südlichen Kaukasus und im Nahen Osten.¹⁴ Die Einbindung des Landes in die Beziehungen zur EU verleihe ihm bereits durch die Verhandlungen und die dadurch in Gang gesetzten Reformen einen größeren Einfluss auf die Stabilität in einer Region, die vor zahlreichen Herausforderungen stehe.¹⁵

Die derzeitige Sicherheitslage in Europa fordere die Festigung der Stabilität und die Stärkung der Reformen in den westlichen Balkanstaaten.¹⁶ Die Türkei, die sich bereits jetzt eng an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU anpasse, sei in diesem Bereich ein wichtiger

⁷ Vgl. Cremer, Jan, Die Türkei und die Europäische Union http://www.bpb.de/themen/IRO72F,0,0,Die_T%FCrkei_und_die_Europ%E4ische_Union.html (17.07.2006).

⁸ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 5; Wagner, Jürgen, a.a.O., S. 22, m.w.N..

⁹ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 14.

¹⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU? http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html (17.07.2006).

¹¹ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 22.

¹² Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 14.

¹³ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 14; Soutou, Georges-Henri, a.a.O..

¹⁴ Vgl. Oral, Nasire, THE VOICE OF EUROPE? The European Parliament and Turkish membership, S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion der Grünen / Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament bezieht.

¹⁵ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 2.

¹⁶ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 2.

Alliierter der Gemeinschaft.¹⁷ Sie spiele in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und in der gesamten Region durch eine aktive Diplomatie eine konstruktive Rolle. Vor dem Hintergrund der Georgien-Krise habe sie eine Stabilitäts- und Kooperationsplattform für den Kaukasus zur Förderung des Dialogs zwischen den Ländern der Region vorgeschlagen. Staatspräsident Gül habe mit seinem Besuch in Eriwan als erster türkischer Präsident seit der Unabhängigkeit Armeniens einen ermutigenden Schritt in den bilateralen Beziehungen der Länder getan und die Aussicht auf eine Normalisierung eröffnet. Die Türkei bemühe sich überdies, zwischen Israel und Syrien zu vermitteln und führe mit Iran einen Dialog über die Atomfrage.¹⁸ Eine Aufnahme des Landes stärke daher nicht nur die Rolle der Gemeinschaft im Mittelmeerraum und in der Kaukasus-Region, sondern trage auch mit seiner Armee dazu bei, eine echte europäische Sicherheitspolitik voranzubringen und dem „globalen Machtanspruch“ der Union erst die richtige Schwungmasse zu verleihen.¹⁹

Die Türkei spiele aufgrund ihrer geostrategischen Position auch eine wichtige Rolle für die Sicherheit der Energieversorgung in der Gemeinschaft. Eine engere energiepolitische Zusammenarbeit zwischen der EU, der Türkei und allen übrigen Staaten der Region sei von entscheidender Bedeutung. Die laufenden und künftigen Pipeline-Projekte dienten als Ressource für alle Länder, durch deren Hoheitsgebiet sie verliefen, vor allem für die Türkei. Die rechtzeitige Fertigstellung des südlichen Gaskorridors durch die zügige Verwirklichung der geplanten Projekte, insbesondere des Baus der Erdgaspipeline Nabucco²⁰, sei eine der höchsten EU-Prioritäten für die Energiesicherheit.²¹

Darüber hinaus sende es ein falsches Signal an die Türkei, nehme man ihr jetzt die Möglichkeit, der EU als Vollmitglied beizutreten, obwohl das Land geographisch zu dem Kontinent Europa gehöre und seit dem Jahr seiner Gründung auch Mitglied des Europarates sei. Man handele so den langfristigen und fundamentalen Zielen der EU entgegen, die Demokratie zu verbreiten und eine multikulturelle Perspektive innerhalb der europäischen Grenzen zu schaffen. Es unterminiere auch die jahrelangen und geduldigen Versuche, eine gemeinschaftliche Doktrin zu schaffen und zu verwirklichen, derzufolge die EU ihre Ziele mittels „Soft Power“, d. h. ohne Zwang und Gewalt, durchsetze.²²

Bereits jetzt sei sichtbar, dass die Türkei an einem Scheideweg stehe und verschiedene Richtungen einschlagen könne. Versage man ihr die Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft, könne dies zu einer Außen- und Sicherheitspolitik in der Region führen, die sich durch weniger

¹⁷ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 6, 80; Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bezieht; Pflüger, Tobias, Europäische Geopolitik: Die EU, die Türkei und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, Studien zur Militarisierung Europas 14/2006; Yesilanda, Brian/Efird, Brian/Noordijk, Peter, Competing Among Giants: A Look at How Future Enlargement of the European Union Could Affect Global Power Transition, in: International Studies Review (2006), 8, S. 607-622, S. 620.

¹⁸ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 6, 80.

¹⁹ Vgl. Demesmay, Claire, National debates on Turkey's accession, a Franco-german perspective, in: ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol. 3 No. 3 November 2007, S. 1-3, S. 2; Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (PSE) bezieht; Pflüger, Tobias, a.a.O.; Yesilanda, Brian/Efird, Brian/Noordijk, Peter, a.a.O., S. 620.

²⁰ Das von der Europäischen Union unterstützte Projekt soll den europäischen Erdgasbezug auf eine breitere Basis stellen. Die Pipeline wird eine Verbindung zwischen der kaspischen Region und dem europäischen Gasmarkt herstellen und in der Türkei Anschluss an bestehende Pipelinesysteme erhalten. Da sie russisches Territorium umgeht wird sie die Abhängigkeit der EU von russischen Lieferungen und Transitwegen verringern.

²¹ Vgl. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 6, 80.

²² Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 24.

Unterstützung von EU-Interessen auszeichne. Nur eine klare Beitrittsaussicht könne die Türkei auf den Weg zurück zur EU holen.²³

Zielsetzung der Europäischen Union: Die Frage, ob die Europäische Union die politischen Auswirkungen einer Vollmitgliedschaft der Türkei verkraften kann, wird sich zutreffend nur durch eine Auseinandersetzung mit den in den Gründungsverträgen geregelten Zielen der Gemeinschaft beantworten lassen:

Der im Jahre 1957 unterzeichnete Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) legt in seiner Präambel an erster Stelle fest, dass wesentliches Ziel der Gemeinschaft die Schaffung eines immer enger werdenden Zusammenschlusses der europäischen Völker ist. Diese Zielsetzung wird von dem Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) aufgegriffen, der darüber hinaus die Entschlossenheit der vertragsschließenden Staaten hervorhebt, den Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu stellen. Er weist auf die Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und den Willen der Gemeinschaft hin, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anzustreben. Zu dieser gehöre auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, um die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken und Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern.

Zweifellos wird ein Beitritt der Türkei dem Ziel dienen, einen immer engeren Zusammenschluss der Völker Europas zu schaffen und zu einer Überwindung der Teilung des Kontinents beitragen. Er wird den Einflussbereich der EU auf die Kaukasus-Region und den Nahen Osten ausdehnen. Die vor dem Beitritt zu regelnde Kurdenfrage sowie die Angleichung der Rechte der Minderheiten werden zu mehr Frieden und Sicherheit in der Türkei führen. Die damit einhergehende Stabilität im Lande wird auch zur Konfliktprävention in den benachbarten Staaten beitragen, dadurch die europäische Sicherheitspolitik neu definieren und den Fortschritt in Europa und in der Welt fördern.

Auch die regionale Energiesicherheit wird durch einen Beitritt der Türkei erhöht. Mit der Nabucco-Pipeline erlangt die Union Zugriff auf die zentralasiatischen Gasvorräte. Die Gasversorgung wird dadurch unabhängig von den immer neu aufflammenden Streitigkeiten zwischen Russland und seinen Transitländern. Dies stärkt die Unabhängigkeit Europas und trägt zur Festigung der europäischen Identität bei.

Allerdings kann nur eine handlungsfähige „EU-27+“ ihre Ziele erreichen. Die Handlungsfähigkeit aber setzt effektiv arbeitende Institutionen voraus, die der Vertrag von Nizza nicht garantieren kann. Eine Erweiterung nach bisherigem Modell scheidet daher aus. Die EU-Mitgliedstaaten waren sich dieses Umstandes bewusst und unternahmen nach dem Scheitern der Europäischen Verfassung einen zweiten Anlauf zur Umgestaltung der Gemeinschaft. Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten daher am 13.12.2007 den Vertrag von Lissabon, der die EU auch auf zukünftige Erweiterungen vorbereiten soll.²⁴ Der Vertrag scheiterte jedoch vorerst an einem ablehnenden Volksentscheid Irlands.

Ohne eine vorherige Vertiefung der Union würde die Aufnahme der Türkei jedoch zu einer Verlangsamung der Prozesse der Entscheidungsfindung führen und könnte sogar eine gänzliche Lähmung der Gemeinschaft bewirken. Eine politische Willensbildung wäre dann nicht mehr

²³ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 22.

²⁴ Der Vertrag von Lissabon sieht beispielsweise im Ministerrat ab 2014 mit Übergangszeit bis 2017 Mehrheitsentscheidungen vor, die für eine qualifizierte Mehrheit 55 Prozent der Stimmen fordern, die gleichzeitig 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren müssen.

möglich. Die EU wäre zur Umsetzung ihrer Ziele außer Stande und würde weltweit an Bedeutung verlieren. Dies steht in der Tat nicht im Einklang mit der Vision eines starken Europas.

3. Wirtschaftliche Aspekte

Wirtschaftliche Überforderung der Europäischen Union: Die Beitrittsgegner sehen sich auch durch wirtschaftliche Erwägungen bestätigt. Sie gehen davon aus, dass eine Mitgliedschaft der Türkei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU schwäche mit der Konsequenz, dass die Weiterentwicklung des Binnenmarktes stagniere.²⁵ So müsse die Türkei nach ihrer Aufnahme beträchtlich finanziell gefördert werden.²⁶ Dies zeige sich vor allem im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), da in großen Teilen der Türkei unter klimatisch ungünstigen Bedingungen gewirtschaftet werde und dort Subsistenzwirtschaft und niedrige Flächenproduktivität herrsche. Die Landwirtschaft sei sehr instabil. Es bestünden große Produktivitätsunterschiede und Unterkapitalisierung. Konkurrenzfähigkeit zu den kapitalintensiv wirtschaftenden und hoch subventionierten Landwirten in der EU sei nicht gegeben. Um sie zu erreichen müsse auf lange Zeit unter Freisetzung von Arbeitskräften erheblich investiert werden. Der Europäische Agrarfond könne mit diesen Zahlungen überlastet sein.²⁷

Auch der schlechte Zustand der verkehrs- und energiewirtschaftlichen Infrastruktur der Türkei stehe einem Beitritt entgegen. Deren Ausbau sei Voraussetzung für eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbssituation des Landes. Nur durch ihn erhielten auch entlegene Regionen Entwicklungschancen, die aber für die Eindämmung der Migration und des Wohlstandgefälles innerhalb der EU unentbehrlich seien.²⁸ Die erforderlichen Investitionen stellten eine erhebliche Belastung im Bereich der Regional- und Strukturpolitik dar. Diese müsse weiter ausgebaut werden, um das zentrale Ziel der Gemeinschaft zu erreichen: eine immer engere Union der Völker.²⁹ Die Türkei werde hier in großem Umfang Anspruch auf Fördergelder der EU haben, ohne wesentlich zu deren Budget beizutragen. Die hieraus resultierende finanzielle Überforderung der Gemeinschaft sei offensichtlich.³⁰

Es wird auch befürchtet, dass die große Armut im Osten und Südosten der Türkei, die hohe Arbeitslosigkeit, die schlechte soziale und verkehrswirtschaftliche Infrastruktur, das regional unzureichend entwickelte Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die immer wieder aufflackernden Kämpfe zwischen der türkischen Armee und der PKK zu steigendem Migrationsdruck führten.³¹ Bereits heute gebe es einen starken Migrationsstrom in die reichen Ballungsgebiete im Westen des Landes. Bei einer Änderung der Freizügigkeitsrichtlinie sei daher zu erwarten, dass auch eine Wanderung in Länder mit hohem Wohlfahrtsniveau und attraktiven Sozialsystemen einsetzen werde. Die interne Migration belaufe sich bereits jetzt auf jährlich ca.

²⁵ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 3; Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 5; Soutou, Georges-Henri, a.a.O..

²⁶ Vgl. Cremer, Jan, a.a.O..

²⁷ Vgl. Gumpel, Werner, Wirtschaftliche und soziale Überforderung der EU durch einen Türkeibeitritt? http://www.bpb.de/themen/5QFQGF.0.0,Wirtschaftliche_und_soziale_%DChberforderung_der_EU_durch_ei_nen_T%FCrkeibeitritt.html (17.07.2006). Gumpel geht von zusätzlichen Zahlungen in Höhe von neun Milliarden Euro pro Jahr aus und weiteren drei Milliarden Euro pro Jahr für ländliche Entwicklungsmaßnahmen.

²⁸ Vgl. Gumpel, Werner, a.a.O.; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, a.a.O..

²⁹ Artikel 1 Satz 2 des EU-Vertrages lautet wie folgt: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.“

³⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, a.a.O..

³¹ Vgl. Gumpel, Werner, a.a.O.; Hankel, Wilhelm, EU und Türkei gehören nicht zusammen http://www.bpb.de/themen/CY2QVI.0.0,EU_und_T%FCrkei_geh%F6ren_nicht_zusammen.html (03.05.2006).

eine Million Menschen und nehme infolge der schnell wachsenden Bevölkerung des Landes, die im Jahr 2025 etwa 92 Millionen erreicht haben werde, stetig zu. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit stelle die Union dann ein Ventil für den erheblichen Arbeitskräfteüberschuss dar, obwohl sie nur einen geringen Prozentsatz der größtenteils unqualifizierten Arbeitskräfte absorbieren könne.³² In den Gastländern führe dies zu erhöhter Arbeitslosigkeit, größerem Sozialaufwand, sozialen Konflikten, Ausbildungsproblemen und zu einer wirtschaftlichen Schwächung durch den Zuzug billiger Arbeitskräfte. Diese wiederum fehlten in der Türkei für die weitere Entwicklung.³³

Es zeige sich daher vor allem am Arbeitsmarkt, wie wenig die EU und das Entwicklungsland Türkei zusammen gehörten. Dergleichen wachse nicht zusammen, sondern erzeuge neue Konflikte, wo bisher keine gewesen seien, nämlich in den Gastländern der EU.³⁴

Wirtschaftliche Bereicherung der Europäischen Union: Die Befürworter eines Beitritts der Türkei weisen demgegenüber darauf hin, dass eine Mitgliedschaft des Landes die Gemeinschaft vor keine größeren ökonomischen Herausforderungen stelle. Die Türkei werde zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme in zehn bis fünfzehn Jahren die Beitrittsvoraussetzungen erfüllt haben. Ihre wirtschaftliche Situation sei dann nicht mehr mit der heutigen zu vergleichen.³⁵ Darüber hinaus habe sie ihre Handels- und Wettbewerbsbestimmungen durch die Zollunion bereits in hohem Maße an die EU angepasst, so dass insbesondere in den Bereichen der Warenverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit keine übermäßigen Belastungen zu erwarten seien.³⁶ Von entscheidender Bedeutung sei jedoch, dass erst der Beitritt des Landes die EU in die Lage versetze, ihren wirtschaftlichen Abstieg aufzuhalten und mit anderen globalen Akteuren zu konkurrieren.³⁷

Es treffe nicht zu, dass im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik mit besonderen Belastungen zu rechnen sei. Vielmehr müsse davon ausgegangen werden, dass die GAP-Ausgaben wegen entsprechender Anforderungen der Welthandelsorganisation (WTO) bis zu einem möglichen Beitritt der Türkei mit Sicherheit wesentlich herunter gefahren würden.³⁸ Die Kosten für die Einbeziehung des Landes in das europäische Agrarmarktsystem dürften auch nicht unüberwindbar sein, denn der Agrarsektor habe in der Türkei einen Anteil von nur rund 14 Prozent. Dies sei nicht viel mehr, als es auch in Polen um 1990 gewesen wäre.³⁹

Im Hinblick auf die internationale Wettbewerbssituation des Landes sei davon auszugehen, dass die Wirtschaft in der Türkei infolge der Beitrittsverhandlungen zusätzliche Impulse bekommen

³² Vgl. Hankel, Wilhelm, a.a.O.; Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S. 13.

³³ Vgl. Cremer, Jan, a.a.O..

³⁴ Vgl. Hankel, Wilhelm, a.a.O..

³⁵ Vgl. Yesilanda, Brian/Efird, Brian/Noordijk, Peter, a.a.O., S. 620; Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bezieht.

³⁶ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 13. Die Zollunion ist am 31.12.1995 mit Beschluss Nr. 1/95 des Assoziationsrates EG-Türkei vom 22.12.1995 über die Durchführung der Endphase der Zollunion (96/142/EG), Amtsblatt Nr. L 035 vom 13.02.1996 S. 1 – 47, in Kraft getreten. Sie stellt die nachhaltigste wirtschaftliche und politische Beziehung der Europäischen Union zu einem Nichtmitgliedstaat dar.

³⁷ Vgl. Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bezieht; Yesilanda, Brian/Efird, Brian/Noordijk, Peter, a.a.O., S. 620.

³⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, a. a. O.. Ein Überblick über die wirtschaftliche Lage der Türkei ist unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Tuerkei/Wirtschaft.html> abzurufen.

³⁹ Vgl. Volz, Joachim, EU-Beitritt der Türkei – Eine Faktenanalyse, in: DIW@school, Ausgabe 1/2006, S. 7-8, S. 8.

und einen weiteren Aufschwung erleben werde.⁴⁰ Konsequenz sei ein deutlich schnelleres Wirtschaftswachstum, eine Zunahme der Auslandsinvestitionen sowie der Investitionskraft der einheimischen Unternehmen, die ihre Kapazitäten ausweiteten. Ziehe man in Betracht, dass dieser Prozess einige Jahre in Anspruch nehmen werde, gelange man zwangsläufig zu dem Ergebnis, dass die Türkei weniger aus den Töpfen der EU bekommen werde, als vorgesehen. Ein Beitritt des Landes treibe die Gemeinschaft daher nicht in den Bankrott, sondern sei im Gegenteil für beide Seiten wirtschaftlich höchst profitabel.⁴¹

Auch eine Überflutung der EU mit billigen Arbeitskräften aus der Türkei sei nicht zu erwarten, da die Freizügigkeit durch Übergangsregelungen über das Beitrittsdatum hinaus eingegrenzt werden könne. Dies sei bereits bei der Osterweiterung der Gemeinschaft geschehen.⁴² Im Übrigen Sorge der mit dem Beitrittsprozess einhergehende allgemeine Aufschwung für die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze, die zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Türkei führten.⁴³ Durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum werde es auch zu einer Angleichung der Lohnniveaus innerhalb der Gemeinschaft kommen. Dadurch werde sich die Migrationsneigung in der Tendenz ebenfalls verringern.⁴⁴

In arbeitsmarktpolitischer und demografischer Hinsicht habe die Aufnahme des Landes bei geeigneter Einwanderungspolitik langfristig positive Effekte. Denn die Bevölkerung der EU altere, während die junge türkische Gesellschaft helfen könne, die Wirtschaft in der Gemeinschaft anzukurbeln. Die Arbeitsmärkte Europas seien sogar auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer aus der Türkei angewiesen. Es gebe nämlich nicht viele andere Optionen für die Union. Weitere potenzielle europäische Beitrittsstaaten sowie anderweitige Nachschubländer für die Migration – wie etwa die post-kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas – wiesen selbst ernste demografische Schwierigkeiten auf. Nachschubkandidaten wie die afrikanischen Staaten kämen nicht in Betracht, da bei diesen die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht gelte. Man müsse die junge türkische Bevölkerung daher als Chance begreifen und aus dieser mit entsprechender Bildungs- und Zuwanderungspolitik für beide Seiten Nutzen ziehen.⁴⁵

Zielsetzung der Europäischen Union: Ein erster Blick in die Gründungsverträge lässt befürchten, dass ein Beitritt der Türkei die Union tatsächlich wirtschaftlich überfordert. Denn bereits die Unterzeichnung des EWG-Vertrages zielte darauf ab, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Mitgliedstaaten durch gemeinsames Handeln zu sichern und die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern. Der Abstand zwischen einzelnen Gebieten sollte ebenso wie der Rückstand weniger begünstigter Regionen verringert werden. Der EU-Vertrag sieht darüber hinaus die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion vor, die eine einheitliche und starke Währung einschließt. Es wird eine Politik angestrebt, die Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration der Unterzeichnerstaaten gewährleistet und die zu der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas führt. Die Verwirklichung dieser weit reichenden und kostenintensiven Ziele in der Türkei könnte angesichts der aktuellen Wirtschaftslage des Landes zu einem beachtlichen Kapitalabfluss aus den europäischen Töpfen führen.

⁴⁰ Vgl. Hekimler, Alpay, Phase der Transformation http://www.bpb.de/themen/4D5U5B,0,0,Phase_der_Transformation.html (28.05.2006); Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, a.a.O..

⁴¹ Vgl. Hekimler, Alpay, a.a.O..

⁴² Vgl. Hekimler, Alpay, a.a.O.; Yaser, Yasar, Young population of Turkey versus the aging European population on the eve of Turkey's accession to the EU, in: Turkish Daily News (08.10.2004).

⁴³ Vgl. Hekimler, Alpay, a.a.O..

⁴⁴ Vgl. Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela, a.a.O., S.13 f.

⁴⁵ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 15, 20; Hekimler, Alpay, a.a.O.; Volz, Joachim, a.a.O., S. 8; Yaser, Yasar, a.a.O..

Zur Verhinderung einer wirtschaftlichen Überforderung der Gemeinschaft hat der Europäische Rat allerdings im Juni 1993 mit den „Kopenhagener Kriterien“ die Beitrittsvoraussetzungen konkretisiert. Wirtschaftliches Kriterium ist die Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft, die fähig ist, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union Stand zu halten. Da die Türkei diese Voraussetzung vor einem Beitritt erfüllen muss, ist eine übermäßige Schwächung des Binnenmarktes, insbesondere im Bereich der Agrar-, Struktur- und Regionalpolitik, nicht zu befürchten.

In der Gemeinsamen Agrarpolitik ist sogar zu erwarten, dass die Ausgaben der EU bis zu einer Aufnahme der Türkei deutlich sinken werden. Denn die Gemeinschaft hat sich auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Jahre 2005 verpflichtet, bis zum Jahr 2013 unter anderem die Milliarden schweren Exportsubventionen abzubauen, die den Unterschied zwischen dem niedrigeren Weltmarkt- und dem hohen Binnenmarktpreis für landwirtschaftliche Produkte ausgleichen sollen. Die Umsetzung dieser Verpflichtung war zwar an den Abschluss des vorzeitig abgebrochenen Ministertreffens der WTO im Juli 2008 in Genf gebunden. Da man dort jedoch für etwa 95 Prozent der strittigen Fragen Lösungen gefunden oder erarbeitet hatte und die Verhandlungen auch fortgesetzt werden,⁴⁶ ist von einer Umsetzung der Verpflichtung vor einem Beitritt der Türkei auszugehen.

Auch eine unkontrollierte Migration nicht qualifizierter Arbeitskräfte in die wohlhabenden Mitgliedsländer der EU ist nicht zu erwarten, da dieser durch Übergangsregelungen begegnet werden kann, die eine Freizügigkeit der türkischen Bevölkerung einschränken. Dessen ungeachtet kann eine zweckmäßige Einwanderungspolitik langfristig dazu beitragen, dem demografisch bedingt zu erwartenden Arbeitskräftemangel in den alten Mitgliedstaaten entgegen zu wirken, so dass die Türkei sogar als eine Art Sozialversicherung Europas betrachtet werden kann.

In ökonomischer Hinsicht steht eine Aufnahme der Türkei damit im Einklang mit den Zielen der Europäischen Union. Erfüllt sie die Beitrittsvoraussetzungen, wird ihre Vollmitgliedschaft die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft nicht beeinträchtigen.

4. Kulturelle und demokratische Aspekte

Kulturelle Überforderung der Europäischen Union und demokratische Inkompatibilität: Gegen eine Aufnahme der Türkei wird auch angeführt, die Türkei passe wegen ihrer „kulturellen Andersartigkeit“ nicht in die EU.⁴⁷ Fundament der Gemeinschaft sei eine christlich-abendländische Werteordnung. Die Türkei aber habe eine größtenteils muslimisch-gläubige Bevölkerung. Dies schließe eine Vollmitgliedschaft schlechterdings aus.⁴⁸ Das Land wird sogar als das islamische „Trojanische Pferd“ bezeichnet, welches dabei sei, in die Europäischen Union einzudringen und sie zu beschädigen.⁴⁹

Im Vergleich zu den bisher beigetretenen Staaten habe die Türkei auch eine vollkommen andere Auffassung hinsichtlich demokratischer Prinzipien.⁵⁰ Zwar werde die Demokratie unterstützt, dennoch wünschten sich zwei Drittel der Bevölkerung eine starke politische Führungsfigur.⁵¹

⁴⁶ Vgl. BT-Drucksache 16/10171 vom 26.08.2008, S. 5.

⁴⁷ Vgl. Cremer, Jan, a.a.O..

⁴⁸ Vgl. Demesmay, Claire, a.a.O., S. 2; Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation der großen Mehrheit der Mitglieder der Fraktion Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten im Europäischen Parlament bezieht.

⁴⁹ Vgl. del Valle, Alexandre, *La Turquie en Europe. Un Cheval de Troie islamiste?* Paris: Editions des Syrtes (2004).

⁵⁰ Vgl. Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie im Europäischen Parlament bezieht.

Infolge dieser Verschiedenartigkeiten berühre eine Mitgliedschaft des Landes auch die Frage der europäischen Identität. Eine Aufnahme könne daher die Eigenschaft der Europäischen Union als Zusammenschluss einer stabilen und demokratisch organisierten politischen Gemeinschaft beeinträchtigen.⁵² Dies sei nur zu vermeiden, indem man die zukünftige Kooperation auf Handel beschränke.⁵³ Im Ergebnis komme daher ausschließlich eine privilegierte Partnerschaft in Betracht, die darauf abziele, die wirtschaftliche Kooperation zu vertiefen und einen engen Bund in der Außen- und Sicherheitspolitik zu etablieren.⁵⁴

Kulturelle und demokratische Kompatibilität: Die Befürworter einer Aufnahme der Türkei weisen demgegenüber auf die Laizität des türkischen Staates hin, welche für einen Beitritt des Landes spreche.⁵⁵ Sie heben hervor, dass es in der EU bereits jetzt mehrere Millionen Moslems gebe. Von einer nur christlich-abendländischen Werteordnung könne daher keine Rede sein. Die Türkei sei auch nicht Quelle radikal islamistischer Bestrebungen innerhalb der Gemeinschaft. Die große Mehrheit der türkischen Immigranten sei zwar gläubig, aber nur ein kleiner Teil bezeichne sich als streng gläubig. Der Großteil der Immigranten sei hoch säkularisiert, insbesondere innerhalb der gebildeten Klassen. Es müsse daher nicht befürchtet werden, dass eine Aufnahme der Türkei zu steigendem Islamismus innerhalb der Union führe. Im Gegenteil sei damit zu rechnen, dass ein Beitritt des Landes eine stärkere Integration der muslimischen Minderheiten in Europa zur Folge haben werde.⁵⁶

Nicht zu vernachlässigen sei auch die Brückenfunktion zur islamischen Welt, die mit einer Aufnahme der Türkei in die EU verbunden wäre.⁵⁷ Die Mitgliedschaft des Landes in der Organisation der Islamischen Konferenz, die für sich in Anspruch nimmt, die islamischen Staaten zu vertreten, eröffne hier ganz neue diplomatische Möglichkeiten und fördere die kulturellen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten.⁵⁸

Auch wirke bereits die Beitrittsperspektive als Katalysator für die weitere Demokratisierung und stärke zudem die Position der türkischen Reformer.⁵⁹ Am Beispiel der Türkei, die schon jetzt über eine starke und stabile Demokratie verfüge, zeige sich, dass Demokratie und Islam kompatibel seien.⁶⁰

Zielsetzung der Europäischen Union: Ist der Islam tatsächlich unvereinbar mit der Werteordnung der EU? Der EU-Vertrag lässt das Gegenteil vermuten. In der Präambel heben die Unterzeichnerstaaten ihren Willen hervor, die Teilung des europäischen Kontinents zu überwinden und die Solidarität zwischen ihren Völkern, die Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken. Sie bekennen sich zu einer Weiterführung des Prozesses einer immer engeren Union der Völker und bestätigen ihr Bekenntnis zu Demokratie und zur

⁵¹ Vgl. Cremer, Jan, a.a.O..

⁵² Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 3, unter Bezugnahme auf eine Aussage von Jean-Louis Bourlanges (MEP, Mitglied der französischen Partei UDF) zum Beitritt der Türkei.

⁵³ Vgl. Oral, Nasire, a.a.O., S. 7, die sich hier auf die Argumentation innerhalb der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie im Europäischen Parlament bezieht.

⁵⁴ Vgl. Oral, Nasire, a.a.O., S. 7.

⁵⁵ Vgl. Demesmay, Claire, a.a.O., S. 2.

⁵⁶ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 20.

⁵⁷ Vgl. Yaser, Yasar, a.a.O..

⁵⁸ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 22.

⁵⁹ Vgl. Oral, Nasire, a.a.O., S. 7.

⁶⁰ Vgl. Emerson, Michael/Aydin, Senem/De Clerck-Sachsse, Julia/Noutcheva, Gergana, a.a.O., S. 20; Oral, Nasire, a.a.O., S. 7.

Achtung der Menschenrechte, zu denen auch die Glaubensfreiheit gehört. Von einer wie auch immer gearteten christlich-abendländischen Werteordnung ist in dem Vertrag keine Rede.

Die Türkei ist indes kein typisches islamisches Land. Sie wurde durch das politische Handeln Mustafa Kemal Atatürks radikal auf den Kurs prowestlicher Säkularisierung gebracht, auf dem sie sich noch heute befindet. Die Kommission bescheinigt ihr, dass sie über ein – wenn auch noch zu modernisierendes – demokratisches System verfügt und ihre Regierung durch freie und faire Wahlen an die Macht gekommen ist.⁶¹ Islam und Demokratie stehen sich also nicht unvereinbar gegenüber.

Die EU ist überdies ein Zusammenschluss von Völkern mit unterschiedlichen Kulturen, zu deren Achtung sich die Vertragsstaaten ausdrücklich bekennen. Die „kulturelle Andersartigkeit“ der Türkei spricht daher ebenfalls nicht gegen einen Beitritt. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Aufnahme eines – wenn auch gemäßigten – islamischen Landes die kulturellen und diplomatischen Beziehungen zu der restlichen islamischen Welt fördern wird, wodurch sich der europäischen Politik ganz neue Perspektiven eröffnen werden. Der Beitritt wird zeigen, dass ein friedliches Miteinander der Kulturen möglich ist. Er wird eine weltweite Vorbildfunktion im Sinne einer Brückenwirkung unter den Religionen ausüben, die einer Konfrontation zwischen dem Westen und dem Islam entgegen wirken kann.

5. Ausblick

Der Vertrag von Lissabon soll die Europäische Union auf eine neue Erweiterungsrunde vorbereiten. Er reformiert die internen Prozesse der Entscheidungsfindung und gewährleistet die Funktionsfähigkeit einer „EU-27+“. Schlägt die Reform fehl, gefährdet die Aufnahme neuer Mitglieder die Handlungsfähigkeit der Union. Dies schließt einen Beitritt der Türkei aus.

Eine reformierte Union ist aber bereit für eine Aufnahme der Türkei. Die kategorische Verwestlichungspolitik Atatürks und die stetig fortschreitende Annäherung des Landes an Europa lassen vorausahnen, dass die Türkei auf dem Weg ist, die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen. Als vollständig modernisiertes und demokratisiertes Land, als Mitglied im Europarat, der OSZE und der NATO wird sie die Aufrechterhaltung der Prinzipien garantieren können, die der gemeinschaftlichen Werteordnung zu Grunde liegen. Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei steht dann im Einklang mit der Aufnahmekapazität der Europäischen Union.

⁶¹ Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 7.